

Abbildung 2: Umsetzungsstand der Programmmaßnahmen aus dem ersten Bewirtschaftungsplan im November 2013.

Wassernetz NRV

Quelle:

MKULNV NRW: Überblick über die wichtigen Wasserbewirtschaftungsfragen in NRW



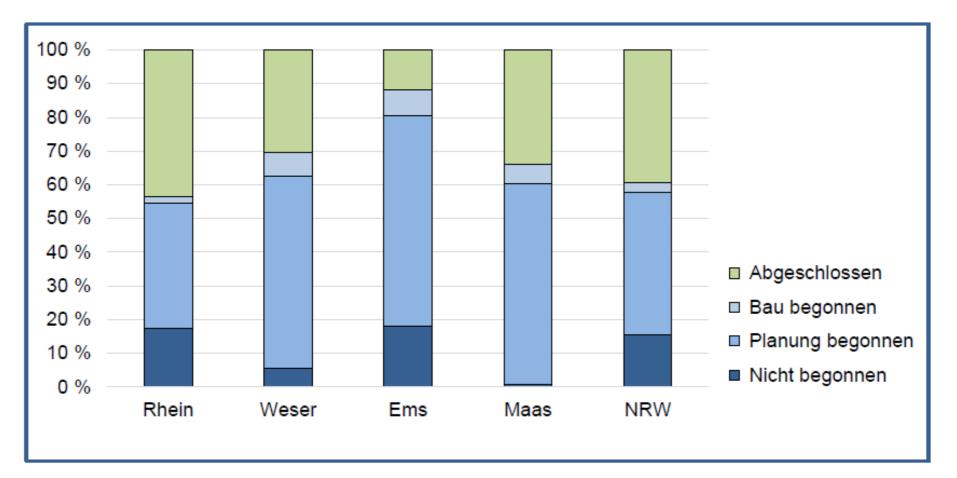


Abbildung 14: Beispiel für den Umsetzungsgrad von Maßnahmen zur Reduzierung von Belastungen aus Punktquellen an Oberflächengewässern (es wurden insgesamt 1.739 Maßnahmen betrachtet)

Quelle:

MKULNV NRW: Bewirtschaftungsplan 2016 - 2021 (Kurzfassung)

https://www.flussgebiete.nrw.de/der-zweite-bewirtschaftungsplan-209











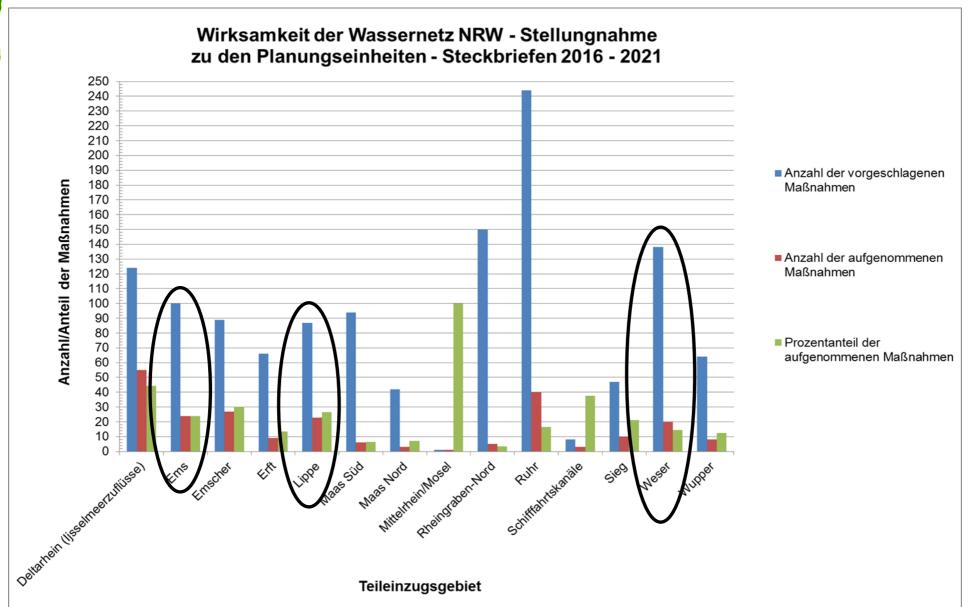
Gemeinsame Stellungnahme der Naturschutzverbände in Nordrhein-Westfalen zum

(285 Seiten!)

Entwurf des Bewirtschaftungsplans und Maßnahmenprogramms 2016-2021für die nordrhein-westfälischen Anteile von Rhein, Weser, Ems und Maas (Stand: 19.11.2014) einschließlich zu den Vorschlägen der Planungseinheitensteckbriefe











BAUMANN RECHTSANWÄLTE - PARTNERSCHAFTSGESELLSCHAFT MBB HARKORTSTRAGE 7 ■ 04107 LEIPZIG

Kommission der Europäischen Gemeinschaften Generalsekretariat Rue de la Loi, 200 B- 1049 Brüssel BELGIEN

EU-Beschwerde

zur Europäischen Kommission

© Baumann Rechtsanwälte Partnerschaftsgesellschaft mbB

BAUMANN RECHTSANWÄLTE Partnerschaftsgesellschaft mbB

Partnerschaftsregister Nr. PR 90, AG Würzburg

■ HAUPTSITZ WÜRZBURG

Wolfgang Baumann*
Rachtamath für Verwahmgsracht
Franziska Heß*
Rachtamathin
Fachamathin für Verwahmgsracht
Anja Schilling*
Rachtamathin
Fachamathin
Fachamathin
Fachamathin
Fachamathin
Fachamathin
Fachamathin
Fachamathin

Rick Schulze, LL.M.oec. Rechtsanwalt Fachanwalt für Verwaltungsrecht

Thomas Jäger Rechtsanwalt

Dr. jur. Thomas Degenhart Rechtsanwalt

In Kooperation:

Prof. Dr. jur. Alexander Brigola Prof. Dr. jur. Christian Heitsch

Annastraße 28 = 97072 Würzburg Telefon 0931 46 0 46-0 Telefax 0931 46 0 46-70 info@baumann-rechtsanwaelte.de

■ ZWEIGSTELLE LEIPZIG

Wolfgang Baumann*
Rachtamwalt für Verwaltungsrecht
Franziska Heß*
Rachtamwaltin für Verwaltungsrecht
Franziska Teß*
Rachtamwältin für Verwaltungsrecht
Harkortstraße 7 = 04107 Leipzig
Telefon 0341 14 96 97-50
Telefax 0341 14 96 97-58

* Partner i. S. d. PartGG

Bankverbindung: Sparkasse Mainfranken IBAN DE55 7905 0000 0047 7862 98 BIC BYLADEM1SWU

leipzig@baumann-rechtsanwaelte.de

Bürozeiten: Mo. bis Fr. 8.00 - 17.00 Uhr und nach Vereinbarung

www.baumann-rechtsanwaelte.de

Mitglied im AnwaltsCooperation Netzwerk

ANCONET Duisburg, Nürnberg, Schwerin, Würzburg

Mitglied bei

MAINADVO

Für die Beschwerdeführer,

- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) Friends of the Earth Germany, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin,
- Naturschutzverband Deutschland e. V. (NABU), Charitéstraße 3 10117 Berlin.

reichen wir.

Baumann Rechtsanwälte Partnerschaftsgesellschaft mbB Frau RAin Franziska Heß Harkortstraße 7 04107 Leipzig, GERMANY Phone: +49341-14969760

hess@baumann-rechtsanwaelte.de

Fax:

+49341 14969758

in Namen und Vollmacht (Anlagen 1 und 2) der o.g. Beschwerdeführer

Beschwerde

zur Europäischen Kommission ein.

September 2017







BUND NRW - Merowingerstraße 88 - 40225 Düsseldorf

An den

Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des NRW - Landtages

Per E-mail an: anhoerung@landtag.nrw

Düngeverordnung – Anhörung A 17 – 08.11.2017

NORDRHEIN-WESTFALEN 17. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME 17/66

A17

BUND für Umwelt und Naturschutz Deutschland

Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.

Paul Kröfges Sprecher LAK Wasser paul.kroefges@bund.net

www.bund-nrw.de

Düsseldorf, 03.11.2017

Stellungnahme des BUND NRW e.V. zum Antrag der SPD Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen v.4.Oktober 2017:

"Trotz steigender Trinkwasserkosten:CDU/FDP verweigern sachgerechte Umsetzung der Düngeverordnung" Drucksache 17/80

Der BUND NRW dankt für die Möglichkeit zur Stellungnahme und Teilnahme an der Anhörung zum Thema Nitratbelastung und Düngeverordnung und bittet den Landtag um Beachtung folgender Hinweise:

1. Situation in NRW - Handlungsbedarf im Grundwasserschutz

Der Schutz des Grundwassers ist schon viel zu lange ein Stiefkind der Politik. Vordringlich sind Maßnahmen in der Landwirtschaft. Gerade weil sich bei den mit Nährstoffen und

Pflanzenbehandlungsmitteln verunreinigten Grundwasserkörpern häufig keine Trendumkehr eingestellt hat, Belastungen durch zu hohe Tierbestände vielerorts zunehmen und der Düngemittel-Einsatz, seien es Gülle, Gärreste oder Mineraldunger, weiterhin zu hoch und intransparent bleibt, reichen freiwillige Vereinbarungen nicht. Es braucht zusätzliche wirksame Vorgaben, damit die betroffenen Grundwasservorkommen und davon abhängige Ökosysteme in NRW besser vor Einträgen an Nährstoffen und Pflanzenbehandlungsmitteln geschützt sind.

Eine aktuelle Auswertung des LANUV (Dr.Bergmann, Naturschutztage am Rhein, 16.9. 2017) zeigt zwar in den letzten 20 Jahren, über ganz NRW betrachtet, einen leicht positiven Trend hinsichtlich der Abnahme hoch belasteter Messstellen.

Dies täuscht allerdings über die problematische Situation in vielen Regionen hinweg, wo weiterhin zahlreiche Messstellen steigende Nitratwerte zeigen oder die Werte auf zu hohem Niveau stagnieren.

Dies gilt z.B. für Bereiche in den Regionen Düren, Minden-Lübbecke, Paderborn, Viersen, Neuss, Borken, Herford, Soest u.a. in denen definitiv auch die Trinkwasserversorger

zunehmend mit zu hohen Nitratwerten konfrontiert sind. Hierbei handelt es sich weitgehend um Regionen, in denen intensive Viehhaltung und/oder intensiver Gemüseanbau betrieben wird oder im Übermaß Nährstoffe aus überlasteten Regionen (Gülletransport) aufgenommen werden.

Dies wird auch durch die Prognose des LANUV belegt, aus der hervorgeht, dass bis 2021 zahlreiche

Anhörung Landtag zum SPD-Antrag "Trotz steigender Trinkwasserkosten: CDU/FDP verweigern sachgerechte Umsetzung der Düngeverordnung" (Drucksache 17/80)

https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB I/I.1/aktuelle drucksachen/aktuelle Dokumente.jsp?doc Typ=ST&wp=15&dokNum=D%FCngeverordnung&searc hDru=suchen





Steuernummer: 106/5740/1393



Platz schaffen Wirtschaften mit Ufer, Aue und Quellregionen



Seminar des Wassernetzes NRW

Essen, 03.02.2018 10:00 - 17:15 Uhr











Landwirte setzen auf Kooperation

Kreisverbandstag: Die Umwelt- und Agrarministerin Christina Schulze Föcking in Herford. Durchschnittshof rund 38 Hektar groß. Zahl der Betriebe sank von 2010 bis 2016 von 192 auf 183

Von Jobst Lüdeking

■ Herford/Bielefeld. Erwartungshaltung und Interesse sind offensichtlich hoch: die 220 Stühle auf Dallmanns Deele in Elverdissen reichen bei weitem nicht aus. 30 Zuhörer finden beim Kreisverbandstag der Landwirte aus Herford und Bielefeld keinen Sitzplatz, sie stehen mehr als drei Stunden. Dabei scheint das Thema "Herausforderungen Perspektiven für die Landwirtschaft in NRW" wenig konkret. Den meisten Gästen geht es aber wohl nicht ums Thema, sondern um die Referentin: Christina Schulze Föcking (CDU), neue NRW-Umwelt- und Landwirtschaftsministerin - und vor allen anderen Dingen gelernte Landwirtin, eine vom Fach.

Damit hat die Steinfurterin aus Sicht der grünen Branche den Status einer "Dea ex Machina", die als unverhoffte Retterin die Landwirtschaftsund Umweltpolitik ihres Vorgängers Johannes Remmel (Grüne) blitzschnell umkrempelt.

Vor allem durch Remmel sehen sich die Bauern aus ideologischen Gründen zu Unrecht an den Pranger gestellt und durch "praxisfernes" Ordnungsrecht malträtiert. "Wir haben kein Verständnis für einseitige Schuldzuweisungen", so Hermann Dedert, Vorsitzender des Kreisverbandes. Wer etwa über Insektensterben rede, müsse auch den Flächenfraß durch Bau- und Industriegebiete in den Blick nehmen. Und die

Kreisverbandsspitze mit Ministerin: Heinrich Quackernack aus Bielefeld, Friederike Detering aus Vlotho, Ministerin Christina Schulze Föcking und Vorsitzender Hermann Dedert (v.l.).

Analyse fange bereits im eigenen Garten an: "Steine bringen keine Biodiversität", so Dedert angesichts des Trends, Beete durch großflächige Steinflächen zu ersetzen. Er setze statt Ordnungsrecht auf den Dialog mit allen Gruppen, so der Hiddenhauser Landwirt, der einen Ackerbaubetrieb bewirtschaftet.

Dialog- und Konsensbe-

reitschaft betont auch Christina Schulze Föcking, die im NW-Interview ihre Position skizziert hatte: "Ich habe sehr gute und konstruktive Gespräche mit Umwelt und Tierschutzverbänden geführt." Es gehe darum, gemeinsam Lösungen zu erreichen. Gleichzeitig merkt sie an, dass "die Novelle des NRW-Jagdgesetzes kommen wird". Und dass NRW da, wo von ihrem Vorgänger auf Bundesverordnungen und Bundesrecht draufgesattelt wurde, ein Abbau dieser Vorgaben kommen soll.

Auch Zielkonflikte wie Tierwohl und Filtererlass will sie angehen und zitiert etwa den Fall eines Landwirts, der keinen Außenklimastall bauen dürfe, weil der Filtererlass von Johannes Remmel für Ställe eine Zwangsentlüftung durch einen Filter und damit geschlossene Räume für die Schweine vorschreibe.

Hinzu kämen Probleme durch Ausgleichsmaßnahmen für Bauprojekte – so müssen bei Straßen, Industrie- oder Baugebieten Äcker in Flächen für die Natur umgewandelt werden. Das führt zu Flächenverlusten bei den Bauern.

Hier schlägt Schulze Föcking vor, dass künftig Gelder für Ausgleichsmaßnahmen in einen Fonds fließen, aus dem Industriebrachen saniert und wieder zu Baugebieten umgestaltet werden. Aber es gebe natürlich Probleme, die die Landwirte angehen müssten: etwa beim Nitrat im Grundwasser. In puncto Biodiversität will sie die Förderprogramme verändern, so dass nicht nur bereits extensiv genutzte Standorte profitierten, sondern freiwillige Agrarumweltmaßnahmen auch in Ackerbauregionen genutzt werden könnten. Es gehe ihr nicht um Ideologie: "Wir machen Politik nach wissenschaftlichen Erkenntnissen", kündigt die Ministerin an. Sie setze auf Kooperation. Die Landwirte quittieren ihre Ankündigungen mit Beifall.

"Jetzt wird sie auch liefern müssen", stellte ein Zuhörer aus der Verwaltung fest.

Zahlen

- In Bielefeld ist der Durchschnittshof rund 38 Hektar groß.
- ◆ Die Zahl der Betriebe sank von 2010 bis 2016 von 192 auf 183. Bewirtschaftet werden von ihnen knapp 7.000 Hektar Acker und Grünland. Auch hier zeigt sich der Trend, dass die Größe der Bestände wächst, während die Zahl der Schweine oder Kühe haltenden Höße abnimmt.

Neue Westfälische 11./12.11.2017





•••

Damit hat die Steinfurterin aus Sicht der grünen Branche den Status einer "Dea ex Machina", die als unverhoffte Retterin die Landwirtschafts- und Umweltpolitik ihres Vorgängers Johannes Remmel (Grüne) blitzschnell umkrempelt.

•••••

Dialog- und Konsensbereitschaft betont auch Christina Schulze Föcking, die im NW-Interview ihre Position skizziert hatte: "Ich habe sehr gute und konstruktive Gespräche mit Umwelt- und Tierschutzverbänden geführt. Es gehe darum, gemeinsam Lösungen zu erreichen. ……... Und dass NRW da, wo von ihrem Vorgänger auf Bundesverordnungen und Bundesrecht draufgesattelt wurde, ein Abbau dieser Vorgaben kommen soll".

•••••

© 2017 Neue Westfälische 02 - Bielefeld Ost, Samstag 11. November 2017





CSU-Alleingang bei Glyphosat gefährdet GroKo-Gespräche

Regierung: Die Kanzlerin rügt ihren Agrarminister: "Entsprach nicht der Weisungslage". Die SPD sieht den Konflikt dennoch nicht ausgeräumt. Morgen Treffen bei Steinmeier

■ Berlin (dpa). Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat Agrarminister Christian Schmidt für seinen Alleingang bei der EU-Zustimmung zum Unkrautvernichter Glyphosat gerügt - will den CSU-Politiker aber offensichtlich im Amt lassen. Merkel machte deutlich, dass das Vorgehen Schmidts in Brüssel gegen die in der schwarz-roten Regierung verabredete Abstimmungspraxis verstieß und sie persönlich nicht eingebunden war. Merkel, die mit Schmidt selbst gesprochen hatte, missbilligte dessen Verhalten. "Das entsprach nicht der Weisungslage, die von der Bundesregierung ausgearbeitet war", sagte sie. Auf Nachfragen, ob eine - von der SPD durchaus erwartete -Entlassung Schmidts nicht fällig wäre, antwortete die Kanzlerin nicht.

Der SPD jedenfalls reicht Merkels Distanzierung kurz vor der Spitzenrunde zur Re-

gierungsbildungskrise mit der Union nicht aus. Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) sagte in Berlin: "Ich bin weiterhin der Auffassung, dass wir eine vertrauensbildende Maßnahme brauchen." Die Kanzlerin habe nur eine Selbstverständlichkeit ausgesprochen. "Nämlich, dass sich alle Minister an die Geschäftsordnung der Bundesregierung zu halten haben." Sind sich die Koalitionspartner bei einem uneinig, Thema Deutschland sich bei EU-Abstimmungen enthalten.

Hendricks sprach erneut von einem "Affront" Schmidts. Zuvor hatte sie betont, eine Entlassung Schmidts wäre eine solche vertrauensbildende Maßnahme. Allerdings wolle sie das nicht fordern.

Bei der Abstimmung auf EU-Ebene hatte der deutsche Vertreter auf Geheiß Schmidts dafür gestimmt, dass der Unkrautvernichter Glyphosat fünf weitere Jahre von europäischen Bauern auf ihre Felder gesprüht werden darf. Bislang hatte sich Deutschland der Stimme enthalten, weil Umweltministerin Hendricks dagegen war, Schmidt jedoch seit langem dafür.

Glyphosat ist ein weit verbreitetes Unkrautgift. Es ist hoch umstritten und steht im Verdacht, Krebs auszulösen. Umweltschützer fürchten auch negative Folgen für die Tierund Pflanzenwelt.

Schmidts Verhalten hatte bei der SPD große Empörung ausgelöst. Von einem groben Foulspiel vor dem Treffen der drei Parteichefs Martin Schulz (SPD), Horst Seehofer (CSU) und Merkel CDU) morgen bei Bundespräsident Steinmeier war die Rede. Bei der Unterredung sollen Wege aus der Regierungsbildungskrise nach Scheitern der Jamaika-Verhandlungen von Union, FDP und Grünen gesucht werden. Denkbar sind eine erneute große Koalition, eine Merkel-Minderheitsregierung Neuwahlen. ➤ Kommentar

Umweltschädliches Unkrautgift



Gekennzeichnet: Der Wirkstoff Glyphosat. FOTO: DPA

◆ Gegen die Verlängerung des Glyphosat-Einsatzes hatten mehr als eine Million Menschen in einer Petition protestiert. Das Gift wird für den Artenschwund mitverantwortlich gemacht. Die WHO stuft es als wahrscheinlich krebserregend ein.





Fazit – stichpunkthaft für den Bereich Grundwasser

- Die Naturschutzverbände sehen die Position von LWK und Verbänden kritisch. Politik hat die Landwirtschaft in eine schwierige ökonomische Situation "manövriert".
- Ohne die Landwirtschaft ist eine Zielerreichung der EU-WRRL nicht möglich.
- Politik, Umwelt-Verwaltung, Maßnahmenträger und Landwirtschaft haben die Zielerreichung 2015 bzw. 2017 nicht ernst genug genommen und nehmen es z.T. bis heute nicht. Bisher wurde sehr stark "auf Zeit gespielt".
- Keine Messstellen-Diskussion und Abwarten von weiteren wissenschaftlichen Untersuchungen zur Ursache von Belastungen => s. Koalitionsvertrag 2017
- Die Optimierung des Technik-Einsatzes ist erforderlich, reicht aber nicht zur Zielerreichung.
- Novellen Landeswassergesetz und Düngeverordnung reichen zur Zielerreichung nicht aus.
- Zur Zielerreichung favorisieren die Naturschutzverbände u.a. eine Aufspaltung der LWK in einen Beratungs- und einen ordnungsrechtlichen Teil.
- Zur Zielerreichung muss die Landwirtschaft konkret sagen, wie und mit welchen Zwischenschritten das Ziel erreicht werden kann.
- Vorschlag der Naturschutzverbände: vergleichbar der Vorgehensweise in der Altlastenbearbeitung darf die Konzentration im Sickerwasser an der Grundwasser oberfläche nicht mehr als 50 mg/l betragen. Dies entspricht einem N-Überschuss je nach Standort von x kg N/ha.
- Diese Vorgehensweise könnte z.B. über sog. Sanierungs-Wasserschutzgebiete nach § 51 Abs. 3 Nr. 3 WHG erreicht werden.
- Lichtblick: Es soll gemeinsam mit Landwirtschaft und NSV in einem "roten" Grundwasserkörper ein Modellprojekt zur Reduzierung des Nährstoffeintrags durchgeführt werden. Dies ist nur sinnvoll, wenn seitens der LWK nicht nur hinsichtlich einer Beibehaltung des Flächenertrages beraten, agiert wird, sondern auch Bewirtschaftungseinschränkungen auf sensiblen Standorten (mit finanziellem Ausgleich) möglich werden.





Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!





www.bund-nrw.de www.wassernetz-nrw.de



